

Antrag A9

Antragssteller*innen: Philipp Dehne (Delegierter LAG Bildung, MdA), Ender Atakul (Delegierter & Bezirksvorstand Spandau, MdA), Ekkehard Spiegel (Friedrichshain-Kreuzberg, MdA), Ruby Elizabeth Ida Cichon (Deli Friedrichshain-Kreuzberg, MdA), Bettina Günter (Delegierte SZ, Bezirksvorsitzende), Jaime Martínez Porro (Delegierter SZ, LaVo Mitglied), Fabian Nehring (Delegierter LAG Vergesellschaftung), Kyla Grigoleit (Delegierte Charlottenburg-Wilmersdorf, Bezirksvorsitzende), Nina Papenfuß (Delegierte Neukölln), Andreas Umgelter (Delegierter LAG Gesundheit und Pflege), Ralf Rippel (LAG Betrieb und Gewerkschaft), Georg Frankl (Delegierter Neukölln), David Cüppers (Delegierter Mitte), Antonia Heinrich (Delegierte Neukölln), Carsten Braband (Delegierter Mitte), Alina Trefz (Delegierte Mitte), Dennis Egginger-Gonzalez (Delegierter SZ)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verhandlungsgruppen durch Beschäftigte stärken

Sollte Die Linke Berlin mit der SPD und den Grünen in Koalitionsverhandlungen eintreten, erhalten alle Fachverhandlungsgruppen die Möglichkeit, eine*n Beschäftigte*n, eine Arbeitnehmer*innen-Vertretung und/oder eine direkt betroffene Person aus dem jeweiligen Bereich (themenbezogen und zeitlich begrenzt) als zusätzlichen Teil der Verhandlungsgruppe mit zu den Verhandlungsrunden hinzuzuziehen. Die bisherigen Überlegungen und Beschlüsse des Landesvorstands zu den Verhandlungsgruppen sind dementsprechend zu ergänzen.

Begründung: Koalitionsverhandlungen und in einem möglichen Koalitionsvertrag vereinbarte Festlegungen haben Auswirkungen auf das tägliche Leben von Berliner*innen, gerade auch an ihrem Arbeitsplatz. Politisches Handeln muss sich auch immer daran messen lassen, welche konkreten Verbesserungen es im Alltag bewirkt. Umso naheliegender ist es, die Perspektiven von aktiven Beschäftigten und Expert*innen auch als aktiven Teil in die Koalitionsverhandlungen miteinzubeziehen. Mit einem Beschluss des vorliegenden Antrags würden die einzelnen Fachverhandlungsgruppen die Möglichkeit erhalten, genau dies zu tun. Zudem haben insbesondere die letzten Jahre gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen und Verhandlungen gezeigt, dass die aktive Einbeziehung direkt Betroffener erstens ein gut erprobter Ansatz ist, zweitens Verhandlungsergebnisse besser macht und drittens die Chancen für eine breitere Akzeptanz des Verhandlungsergebnisses vergrößert. Zwar sind Erfahrungen der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung nicht 1:1 auf Koalitionsverhandlungen zu übertragen, dennoch bleibt es essentiell, direkt Betroffene stärker in die Verhandlungen zu ihnen betreffenden Regelungen einzubeziehen.